Nummer 5 — Stuttgart, 29. Januar 1927 — 45. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Das steuerlose Reichsschiff

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Das Vorspiel ist aus. Als nach der politischen Friedhofsstille der Weihnachtstage die politischen Obersten an die Regierungsbildung gingen, begannen aufgeregt die Federwerker der Bürgerpresse „Öffentliche Meinung" zu machen. Ein Blättchen nach dem andern orakelte seinem „sehr geschätzten Leserkreis", dessen Gutgläubigkeit schier ohne Ende ist: „Rechts — Links — Rechts — Links?" vor.

Unterdessen ging Herr v. Loebell, der Möchtegern auf der politischen Bühne Deutschlands, mit anderen nationalen Größen bei Hindenburg geschäftig ein und aus. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius wurde von Hindenburg beauftragt, „Brücken nach rechts zu schlagen" und eine Regierung des Besitzbürgerblocks vorzubereiten. Was die deutsche Arbeiterschaft von einer solchen Regierung hätte erwarten können, liegt auf der Hand. Curtius, der Brückenbauer, empfand wohl selbst die peinliche Wirkung, als er in seiner ersten Mitteilung an den Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros sagte: „Auch eine Regierung mit den Deutschnationalen wird — das Gemeinwohl und die sozialen Notwendigkeiten schützen, wie die bisherige Regierung der Mitte." Daß du die Nase ins Gesicht behältst! Die Deutschnationalen und soziale Notwendigkeiten! Wie wird mir das Reden nicht deutsche Steuer-, Zoll- und Sozialpolitik eine so laute und eindringliche Sprache über die Auffassungen der Herren Schlotbarone und Krautjunker, daß jeder Beweis überflüssig ist, der die uneingeschränkteste Profitsucht dieser Kreise erhärten soll?

Diese Tatsachen allein und die Furcht vor seinen Arbeitermassen haben doch das Zentrum in den Verhandlungen veranlaßt, die schmutzigen Karten auf den Tisch zu werfen. Die Zentrumsarbeiter werden gegen jede Rechtsregierung naturgemäß rebellieren müssen, weil ihnen der Schuh genau so drückt wie dem freigewerkschaftlichen Arbeiter. Der wirtschaftliche Druck und jeder neue Anschlag auf die Lebenshaltung der Arbeiter trifft eben die Arbeiterschaft gemeinsam. Darin liegt doch gerade das Schicksalhafte der deutschen Politik, daß jede Rechtsregierung eine Verschärfung des Klassenkampfes bringt, deren unvermeidliche Folge eine Zusammenballung der proletarischen Klassenkräfte sein wird, notwendigerweise sein muß. Gewiß wird der Beichtstuhl das seinige tun, um die Zentrumsschäfchen auf den wohlumfriedeten Weiden katholischer Weltanschauung zu halten, aber die Abstimmungsergebnisse beim Volksentscheid über die Fürstenabfindung haben doch klar gezeigt, daß die Zentrumsarbeiter beginnen, die kirchlichen Hürden zu durchbrechen. Wenn just in diesem Zeitpunkt Adam Stegerwald davon spricht, daß die Zentrumsarbeiter in Zukunft gegebenenfalls in der Gesamtpartei mit besonderen Arbeiterwahllisten auftreten würden, so erhofft er davon doch nur die politische Freiheit der übrigen Zentrumsteile für eine Rechtsregierung. Er zeigt aber anderseits damit weithin sichtbar, daß der weltanschauliche Kleister des Katholizismus nicht mehr stark genug ist, um das ganze Zentrum auf die Dauer zu einer Rechtsregierung zusammenzuhalten. Ob diese Entwicklung im Zentrum stark genug ist, die Bildung des blau-schwarzen Blockes für alle Zukunft zu verhindern, wird die Zeit lehren müssen. Gegenwärtig wird das Zentrum gezwungenermaßen, wenn es in diesem Reichstag eine andere Mehrheitsbildung als nach rechts wünscht, auf die Sozialdemokratie angewiesen sein.

Wenn die Bildung einer Regierungsmehrheit nach rechts in diesem Reichstag vom Zentrum abhängig ist, so ist sie es nach links, das heißt mit Einschluß der Sozialdemokratie, von der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei. Diese Partei befindet sich seit Jahr und Tag in allen innenpolitischen Fragen in einer Hörigkeit gegenüber den Deutschnationalen. Ihrer geschichtlichen Entwicklung, wie ihrem innersten Kern nach an den Grundsätzen liberaler Wirtschaftsfreiheit orientiert, sind heute neben der Großindustrie die widerstrebendsten Elemente in der Deutschen Volkspartei vereinigt. Die heute auseinanderlaufenden wirtschaftlichen Belange der Großindustrie und der Fertigindustrie, der Landwirtschaft, des verarmten Mittelstandes und des Handwerkertums fangen sich im Spiegel dieser Partei zu einem erschreckenden Bild. So ist die Politik dieser Partei denn auch emsig bemüht, in den Fragen der Innenpolitik „es allen recht zu machen".

Es ist jetzt völlig klar, daß in diesem Reichstag die Bildung einer festen Regierungsmehrheit nicht möglich ist. Das trifft sowohl nach rechts zu durch die Haltung des Zentrums, als auch nach links durch die Haltung der Deutschen Volkspartei. Auch die Bildung der Weimarer Koalition, die ja ebenfalls nur eine Minderheit im Reichstag ist, stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten, da auf eine Unterstützung der beiden Flügelparteien, der Kommunistischen und der Volksparteiler nicht zu rechnen ist.

So taucht denn genau vier Wochen nach seinem Sturz Herr Marx aus der Versenkung auf. Der „Marxismus" festigt sich in Deutschland zusehends. Marx IV! Er bleibt wieder bei einer Minderheitsregierung hängen. Vier Wochen Krise! Die Krise ging im Kreise. Herr Marx kann seine Regierungserklärung mit dem Schlußsatz des Bajazzoprologes einleiten: „Das Spiel kann beginnen!"

Die Voraussetzung zum Leben dieser neuen Minderheitsregierung ist Unterstützung oder mindestens Duldung durch eine der beiden Flügelparteien. Die Deutschnationalen blähen sich immer noch wichtig in der Rolle des getreuen Ekkehards und lehnen jede Unterstützung der Minderheitsregierung ab, weil sie als die „einzigen Wahrer nationaler Belange" die durch Locarno, Völkerbund und Thoiry abgesteckten Grenzen der Außenpolitik als Verrat an Volk und Land bezeichnen. Die Sozialdemokratische Fraktion ist grundsätzlich nicht abgeneigt, eine Minderheitsregierung Marx zu dulden, wenn dadurch die Bildung des Besitzbürgerblocks verhindert wird und wirtliche Sicherungen für den Ausbau der Sozialpolitik gegeben werden. Dabei treten Fragen wie die Person des Reichswehrministers Geßler und der Mannschaftsersatz in der Reichswehr weit in den Hintergrund vor dem Arbeitszeitnotgesetz. Die Forderung nach Erlaß eines Arbeitszeitnotgesetzes ist von den Gewerkschaften aller Richtungen erhoben. Um so beachtlicher ist es, daß diese Forderung zunächst bei allen bürgerlichen Parteien Ablehnung erfuhr. Die Mitglieder der übrigen Gewerkschaftsrichtungen müssen also den heilsamen Anschauungsunterricht genießen, daß die wirksame Vertretung ihrer Forderungen lediglich bei der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften sichergestellt ist.

Aber selbst wenn die Forderungen restlose Erfüllung fänden, bliebe die Tatsache bestehen, daß die Sozialdemokratie angesichts der immer noch steigenden Zahl der Arbeitslosen auf weitere sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen nicht verzichten kann.

Auch diese Minderheitsregierung wird wieder zwischen den Forderungen einzelner Gruppen, Parteien und Klassen hin- und hertaumeln und die deutsche Innenpolitik zu einem Zerrbild entwürdigen. Es gibt nur einen wirksamen Ausweg: Neuwahl. Darum wird die Sozialdemokratie einem kommunistischen Antrage, der den Reichspräsidenten ersuchen soll, den Reichstag aufzulösen, ihre Zustimmung geben. Ogohl.

Der Dank des Vaterlandes

Wem klingen sie nicht noch in den Ohren, jene stolzen Worte, die Wilhelm II. in der ihm eigenen selbstsicheren Art in die Welt hinausschmetterte, als im Februar 1916 tausende und zehntausende deutscher Soldaten vor der Feste Douaumont ihr Leben oder ihre gesunden Glieder gelassen hatten: „Der Dank des Vaterlandes ist ihnen gewiß!" Seither haben wir es erlebt, wie der Dank des Vaterlandes aussieht. Im günstigsten Fall ein paar Mark Rente oder vielleicht eine Anstellung in irgendeinem Betriebe, wo dann aber die Besoldung todsicher den verminderten Leistungen des Krüppels angepaßt wird.

Das sind bekannte Dinge. Neu aber ist — wenigstens hören wir es zum ersten Male —, daß die deutschen Kapitalisten es fertig bekommen, für diese sogenannte „Versorgung" ihrerseits Dankbarkeit von den Kriegsopfern zu verlangen! So also hat man die Sache gedreht: Der „Dank des Vaterlandes", den Wilhelm II. während des Krieges prahlerisch versprach, hat sich in einen Dank verwandelt, den die Kriegsopfer dem deutschen Kapital schulden!

Man sollte es nicht glauben, wenn man es nicht schwarz auf weiß vor sich sähe. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, das sozusagen amtliche Blatt des deutschen Unternehmertums, schreibt gleich in der ersten Nummer ihres neuen Jahrgangs unter der Überschrift „Dankbarkeit":

„Es ist kein Geheimnis, daß in der Praxis gerade die Kriegsbeschädigten auf allen Seiten weitgehendes Verständnis finden und gestützt werden, soweit dies die Verhältnisse irgendwie gestatten. Man dürfte deshalb wohl erwarten, daß sie dies auch rückhaltlos anerkennen."

Man achte wohl auf die einschränkende Klausel: „soweit dies die Verhältnisse irgendwie gestatten". Was das Unternehmerblatt „die Verhältnisse" nennt, damit ist der Kapitalprofit gemeint; der geht unter allen Umständen vor und hinterher erst kommt die Rücksicht auf die Opfer des Krieges. Gerade die Geschichte, die das Blatt bei der Gelegenheit erzählt, beweist dies wieder blendend. Da ist nämlich folgendes geschehen.

Ein schwerkriegsbeschädigter Techniker hatte durch Vermittlung der Fürsorgestelle eine Anstellung bei der Berliner Untergrundbahn bekommen. „Als aber" — dieser Satz ist wörtlich aus der Arbeitgeber-Zeitung entnommen — „der Beamtenstab der Untergrundbahn verringert werden mußte, wurde auch der Schwerkriegsbeschädigte mit Zustimmung der Fürsorgestelle entlassen." Für solche Leser, die Berlin nicht kennen, sei hinzugefügt, daß zur selben Zeit das Netz der Untergrundbahn ständig ausgebaut, der Betrieb ständig erweitert wurde. Weshalb also „mußte" denn der Beamtenstab verringert werden? — Doch wie dem auch sei, jedenfalls sieht man, daß das Unternehmertum — in diesem Fall vertreten durch den Berliner Magistrat — bei Nationalisierung, Beamtenabbau usw. sogar auf die Schwerkriegsbeschädigten wenig Rücksicht nimmt.

Ich sage, wenig Rücksicht; denn etwas Rücksicht hat der Berliner Magistrat in diesem Falle tatsächlich genommen: er hat dem Mann noch 6 Monate lang sein Gehalt bezahlt. Ein privater Unternehmer tut das wohl kaum, denn die Arbeitgeber-Zeitung nennt diesen schönen Zug des Magistrats „ein geradezu erstaunliches Entgegenkommen".

Indessen, auch 6 Monate gehen schnell herum, und dann stand der Mann vermutlich mit einer kärglichen Rente so ziemlich vor dem Nichts. Das hat ihn wohl furchtbar aufgeregt, und wenn er zur Fürsorgestelle kam, machte er seinem bedrängten Herzen in einer falschen Richtung Luft, indem er auf die dort angestellten Beamten schimpfte, sie Hallunken und ähnliches nannte, ihnen Aktenfälschung vorwarf und dergleichen mehr. Da hat man es fertig bekommen, diesen armen Kriegskrüppel, der seine Gesundheit für das Vaterland geopfert hat, wegen Beamtenbeleidigung zu verklagen, und der Richter hat es fertig bekommen, ihm 40 M Geldstrafe aufzubrummen!

Die Arbeitgeber-Zeitung bemerkt dazu: „Dankbarkeit ist, wie man sieht, nicht jedem gegeben." Dieser Ausspruch enthüllt deutlich die innere Herzensmeinung des Unternehmertums und das ist, über den Einzelfall hinaus, das Wichtige an der Sache. Das Blatt der — Profitgenossen erkennt also nicht an, daß das Vaterland verpflichtet ist, für die Kriegskrüppel zu sorgen, nicht einmal für die Schwerbeschädigten, sondern sie verlangt allen Ernstes, der arme Krüppel soll dankbar dafür sein, daß man ihn eine Zeitlang angestellt und dann noch 6 Monate lang bezahlt hat. So ist das Verhältnis, das Wilhelm II. versprach, vollkommen auf den Kopf gestellt. Nicht das Vaterland schuldet den Kriegsopfern Dank, sondern diese sollen dem „Vaterlande" (das heißt dem Unternehmertum) dankbar sein, auch dann noch, wenn man ihnen ihr kärgliches Brot entzieht. Daneben verschwindet fast die Kleinlichkeit, die dazu gehört, einen armen, kranken und unter solchen Umständen natürlich schwer nervösen Menschen wegen Beleidigung bestrafen zu lassen.

Ein paar Fragen zum Schluß: Verlangt die Arbeitgeber-Zeitung auch von Herrn Lüttwitz Dankbarkeit dafür, daß das Vaterland ihm jährlich 16- bis 17 000 M Pension bezahlt? Oder von Herrn Luther dafür, daß er neben seiner Pension als ehemaliger Reichskanzler und seinem Einkommen als Verwaltungsrat der Reichsbahn jetzt auch noch als Aufsichtsrat der Firma Krupp hohe Anteile bezieht?

Zur Lage der Landarbeiter

Die bürgerliche Demokratie empfiehlt seit Jahren die sogenannte Bauernsiedlung. Damit will sie sagen, die großen Güter, die namentlich im Osten, Norden und Nordwesten Deutschlands in ausgedehntem Umfange bestehen, sollen zerschlagen und in eine Menge kleiner Bauernwirtschaften aufgeteilt werden. Damit denkt sie erstens der viel beklagten Verödung des Landes abzuhelfen (nebenbei auch das alljährliche Hereinziehen von 100- bis 150 000 polnischen Landarbeitern zu verhindern) und zweitens den landhungrigen Nachwuchs der in Süd- und Südwestdeutschland noch vielfach vorherrschenden kleinen und mittleren Bauernschaft zu versorgen. Eine solche Maßregel wäre außerordentlich kurzsichtig. Ja, man muß sagen, wirtschaftlich wäre sie ein verhängnisvoller Rückschritt. Sie mag für Rußland nach der bolschewistischen Revolution notwendig und richtig gewesen sein. Aber zwischen den Verhältnissen in Rußland und Deutschland herrscht ein gewaltiger Unterschied. Im zaristischen Rußland gab es wohl riesenhaften Großgrundbesitz, aber nur sehr wenig oder fast gar keinen landwirtschaftlichen Großbetrieb. Das Land wurde, genau so wie heute, im Kleinbetrieb von den einzelnen Bauernfamilien bewirtschaftet, die dem Besitzer schier untragbare Abgaben zu leisten hatten. Eine ganz rohe, noch mittelalterliche Form der Ausbeutung. Die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Zuteilung ihres Landes an die kleinen Bauern, die es auch ehedem schon bearbeitet hatten, war also nichts weiter als die Befreiung dieser letzteren von den erdrückenden Abgaben, die sie an jene Schmarotzer zu leisten hatten. In Deutschland dagegen ist der Großgrundbesitz zumeist mit landwirtschaftlichem Großbetrieb verbunden.

Trotz allem, was man dagegen gesagt hat, ist aber auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb, was Güte und Masse der Produktion anbelangt, dem Kleinbetrieb weit überlegen. Das hat schon vor etwa 20 Jahren der Genosse Hofer — damals selbst Landwirt und ostpreußischer Großgrundbesitzer — in einem ausgezeichneten Aufsatz in der Neuen Zeit ausführlich bewiesen. Was damals galt, gilt heute noch viel mehr. Denn wir leben bekanntlich im Zeitalter der Rationalisierung, und der landwirtschaftliche Großbetrieb rationalisiert ganz ebenso wie der industrielle, während der Kleinbetrieb dies nicht kann.

Man beachte zum Beispiel, in welchem Maße sich der Großbetrieb neuerdings der Viehzucht und Gemüseproduktion zuwendet, die manche Leute sozusagen als ein Vorrecht des Kleinbetriebs zu betrachten pflegen. Ein großes Gut in Ostpreußen ist geradezu als eine Fleisch- und Wurstfabrik eingerichtet worden. Es züchtet jährlich 2000 Schweine und mehrere hundert Kühe und Kälber. Die Ställe sind so angeordnet, daß die Fütterung mittels einer Feldbahn geschehen kann, die schnell hindurchfährt. Die Zubereitung des Futters geschieht ebenfalls mit Maschinen nach wissenschaftlichen Verfahren. Auf diesem Gut dient die ganze Ackerwirtschaft, soweit sie noch betrieben wird, sozusagen nur als Rohstoffabrik für die Fleischerzeugung. Doch sind auch die Äcker untereinander und mit den Ställen durch Feldbahn verbunden, Getreidespeicher, mit allen Einrichtungen der Neuzeit versehen, Kräne, Maschinen usw. sind vorhanden. Welcher Kleinbetrieb kann da im Wettbewerb mitkommen?

Ist nun hier die Fleischerzeugung der Zweck des Betriebes, so gibt es doch auch andere Güter, die sie im Nebenbetrieb noch in einer Weise durchhalten, die jedem Kleinbetrieb überlegen ist. Ein Gut in Mecklenburg, das jährlich 16 000 Zentner Getreide und 60 000 Zentner Kartoffeln erntet, mästet daneben noch jährlich 2000 Schweine und 300 Milchkühe nebst Nachzucht, natürlich ebenfalls mit den neuesten Maschinen versehen. Andere große Güter, die in der Nähe von Großstädten gelegen sind, betreiben in derselben Weise den Gemüsebau. Solche Güter zu zerschlagen und in kleine Bauernwirtschaften aufzuteilen, würde bedeuten, ihre Erzeugung auf ein weit geringeres Maß herabzuschrauben. Hier kann es nur Enteignung und Übernahme des Betriebes durch den Staat geben. Der Betrieb aber muß in der gleichen Form erhalten und weiter entwickelt werden.

Nun hat aber die Rationalisierung in der Landwirtschaft für die Arbeiter ganz dieselben Folgen gezeitigt wie in der Industrie. Sie sind in Massen brotlos geworden. Jenes mecklenburgische Gut braucht zum Dreschen von 16 000 Zentnern Getreide ganze 5 Mann. Auf dem ostpreußischen Gut werden die Ställe für sämtliche 2000 Schweine und mehrere hundert Kühe von sage und schreibe 2 Arbeitern instand gehalten. Insgesamt ist anzunehmen, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe heute etwa 30 vH weniger Arbeiter beschäftigen als vor dem Kriege. Der Vorstand des Landarbeiterverbandes hat darüber vor einigen Monaten in der hamburgischen Zeitschrift Wirtschafts-

dienst ausführliche Angaben gemacht. Danach wurden auf den von ihm untersuchten 203 Gütern in sämtlichen Gegenden Deutschlands vor dem Kriege insgesamt 16 650 Arbeiter beschäftigt, nach dem Kriege nur 13 000. Das sind 3600 weniger auf diesen 203 Gütern. Aus den Ergebnissen der letzten Berufszählung von 1925, soweit sie bisher vorliegen, läßt sich dasselbe schließen. Danach haben die landwirtschaftlichen Arbeiter in allen Gegenden Deutschlands sehr stark abgenommen, am meisten allerdings in Württemberg, Baden, Hessen usw., also in den Gegenden des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes, was wohl dahin zu deuten ist, daß der Kleinbetrieb überhaupt abgenommen hat. Aber auch in den Ländern des Großbetriebs, wie Mecklenburg, Ostpreußen usw., gibt es jetzt ungefähr 10 vH landwirtschaftliche Arbeiter weniger als vor dem Kriege. Dagegen hat die Zahl der Angestellten auf den Landgütern sehr stark zugenommen, auch wieder in den Gegenden des Kleinbetriebs. Das läßt gar keine andere Deutung zu, als den allmählichen Übergang zum Großbetrieb und dessen immer weitergehende Rationalisierung.

Alles in allem ergibt sich hieraus, daß in der Landwirtschaft, namentlich in jüngster Zeit, die Entwicklung denselben Weg geht wie in der Industrie und die Arbeiter mit denselben Gefahren bedroht. Innige Kampfgemeinschaft der Industrie- und Landarbeiter gegen das Kapital ist die notwendige Schlußfolgerung.

Ibykus.

Aus der Metallindustrie

Die Firma Krupp ist von den großen Montangesellschaften, deren Geschäftsjahr im Herbst abläuft, die erste, die ihre Bilanz vorlegt. Gefiel sich der vorhergehende Geschäftsbericht noch darin, alles grau in grau zu malen, so zeigt dieser, daß sich die Verhältnisse der Montanindustrie bedeutend gebessert haben. Wohl weist die Kruppsche Abrechnung noch einen buchmäßigen Verlust von 2,11 Mill. Mk. aus; aber dies fällt nicht sehr ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß auf Beteiligungen 6,29 Mill. Mk. und auf die Anlagen 17 Mill. Mk. abgeschrieben wurden. Der Posten Bankguthaben beträgt 14,01 gegen 5,01 Mill. Mk. im Vorjahre. Hatte man für das verflossene Geschäftsjahr eine Kapitalherabsetzung von 60 Mill. Mk. ins Auge genommen, so besserten sich die Verhältnisse derartig, daß diese Maßnahme unterbleiben konnte.

Auch die Rede des Herrn Krupp v. Bohlen-Halbach war sehr zuversichtlich gestimmt. Er konnte mitteilen, daß die Stahlerzeugung seiner Firma im Dezember die höchste seit ihrem Bestehen war. Herr v. Bohlen trat bezüglich der Beurteilung der Geschäftslage in die Fußtapfen Klöckners, indem er betonte, daß nicht allein der englische Bergarbeiterstreik, sondern auch andere Umstände auf die Besserung der Lage eingewirkt haben. Die Tochtergesellschaften der Firma, vor allem das Grusonwerk in Magdeburg und die Germaniawerft in Kiel, vermochten in befriedigender Weise zu arbeiten und dies, obwohl in der mitteldeutschen Maschinenindustrie und bei den Werften die Krise unvermindert anhielt. Die Kruppschen Zechen und Stahlwerke können gleichfalls ein sehr gutes Ergebnis verzeichnen. Der Gußstahlfabrik in Essen soll es nach den Worten des Geschäftsberichtes allerdings noch schlecht gehen. Doch sei die Umstellung der Betriebe weitgehend durchgeführt. Weder im Geschäftsbericht noch in der mündlichen Ergänzung des Herrn v. Bohlen-Halbach war noch die Rede von der Entlassung von 15 000 Arbeitern, die angeblich erfolgen sollte, wenn das Kreditgesuch der Firma vom Reich abgelehnt werden sollte. Diesen Kredit erwartete man zu einem Zinsfuß von 3 bis 4 vH. Da heute 6prozentige Schuldverschreibungen auf dem Geldmarkt bequem unterzubringen sind, so hätte die Ersparnis für Krupp im Jahr 40 000 M ausgemacht. Und wegen dieser geringfügigen Summe drohte man 15 000 Arbeiter brotlos zu machen! Die Firma hütet sich, auf diese Dinge noch einmal zurückzukommen. Die Umstellung der Essener Betriebe wird jetzt wohl ohne den Kredit vorgenommen werden müssen. Der Abschluß der Firma Krupp zeigt, daß es der Montanindustrie nicht schlecht geht, ja, daß sie sich gegenwärtig einer Blüte erfreut, wie man sie vor kurzer Zeit für ganz unmöglich gehalten hatte.

*

Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. geben neben den Werkszeitungen noch eine Monatsschrift „Das Werk" heraus, die in der Regel in einem Umfange von 50 Seiten erscheint. In der Dezembernummer finden wir eine Abhandlung: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, und daran anschließend eine Aufsatzreihe, worin nachgewiesen werden soll, wie die Erwerbslosigkeit durch Ödlandkultur und innere Aufschlußarbeiten behoben werden kann. In den einleitenden Ausführungen der Schriftleitung des Werks finden wir eine durchaus richtige Umschreibung des Umfanges der deutschen Arbeitslosigkeit. Weiter wird ausgeführt, daß die Arbeitslosigkeit ein unverschuldetes Unglück sei. Dann heißt es: „Die Tatsache, daß noch heute, trotz allen Anzeichen einer Wiederbelebung der Wirtschaft, ungefähr 8 vH des gesamten deutschen Volkes (oder ziffernmäßig ausgedrückt, mehr als 5 Millionen) erwerbslos oder Angehörige von Erwerbslosen sind, die einfache Überlegung, daß jeder Erwerbstätige nach Maßgabe seines Einkommens zwecks Unterhaltung dieses Millionenheeres auf die verschiedensten Arten besteuert wird (die sogenannten „Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Erwerbslosenfürsorge" bilden nur einen Teil dieser Erwerbslosensteuer), rückt aus dem Wust der angeblich wichtigsten, mit mehr oder minder großem Nachdruck vertretenen „Belange" einzelner politischer Parteien und wirtschaftlicher Verbände die Forderung in den Brennpunkt allgemeinen Interesses: Arbeit für die Arbeitslosen!"

Die Schriftleitung kommt zu folgendem Schluß: „Das Erwerbslosenproblem ist keineswegs nur eine soziale Frage, es ist eine sozialpolitische Angelegenheit von höchster Bedeutung, und jeder Weg, der eine Lösung verheißt, ist mit aller Energie und Sorgfalt auf seine Gangbarkeit hin zu prüfen." Sie legt nun einigen Fachleuten, darunter dem Prof. Dr. Wilbrandt, einige Fragen vor, um deren Beantwortung sie bittet. Diese Fragen betreffen die Urbarmachung von Ödland, wie diese in Angriff genommen werden kann, wieviel Arbeitslose dabei beschäftigt werden können, wie hoch der Mehrertrag an landwirtschaftlich nutzbarem Boden ist usw. In drei Aufsätzen, die nachfolgen, werden diese Fragen sachgemäß zu beantworten versucht. So weit, so gut.

Wir sind einigermaßen erstaunt, daß die Zeitschrift des größten privatwirtschaftlichen Betriebes in Deutschland die so wichtige Frage der Arbeitslosigkeit von der Seite der Urbarmachung landwirtschaftlichen Bodens anzufassen versucht. In einer solchen Zeitschrift erwartet man zu lesen, was die Industrie selbst zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorzuschlagen hat. Denn schließlich sind die Erwerbslosen doch die Opfer der Umstellung der Industrie, wobei der Stahltrust nicht an letzter Stelle steht. Man darf die Hoffnung nicht gleich aufgeben. Was nicht ist, kann noch werden. Vielleicht kommen in einer der nächsten Nummern die jetzt vergessenen Vorschläge. Möglich, daß mit den Worten Albert Vöglers begonnen wird, daß eine Verbilligung der Produkte an der Spitze aller Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaftslage stehen muß. Also hoffen wir. Viel Geduld ist da allerdings vonnöten!

*

Der Werkstättenbau bei der Reichsbahn soll, abgesehen von den bereits gemeldeten Abbaumaßnahmen für den Altonaer Bezirk, vor allem in Hoyerswerda, in Halberstadt und Frankfurt a. O. (Ausgleichsbezirk Berlin) vor sich gehen, wo man die Werkstätten ganz oder teilweise abbauen will. Fast in allen Fällen handelt es sich um Orte, deren ganzes wirtschaftliches Dasein auf den Werkstätten beruht. Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung der abgebauten Werkstättenarbeiter sind in den betreffenden Orten so gut wie nicht vorhanden. Kein Wunder, wenn Tag für Tag Abordnungen aus diesen Orten in Berlin bei der Hauptverwaltung vorstellig werden, um den Werkstättenabbau hintanzuhalten. Der Werkstättenabbau trifft in erster Linie den nördlichen und östlichen Teil Deutschlands. Im Westen, zum Beispiel im Direktionsbezirk Köln, sind in den Werkstätten eher zu wenig als zu viel Arbeiter. Köln umfaßt fast ein Drittel des gesamten Lokomotiv- und Wagenparks. Die Reichsbahn will natürlich die Reparaturen, die im Westen notwendig werden, auch im Westen vornehmen lassen und die reparaturbedürftigen Maschinen und Wagen nicht erst in entlegenere Werkstätten schicken. In Bayern, Württemberg und Baden sind nur wenig Werkstätten; daher sind dort die Abbaugefahren verhältnismäßig gering.

Kieker.

Die Betriebsrätewahlen müssen vorbereitet werden

Der Stahltrust scheut keine Kontrolle!

Behauptet Generaldirektor Dr. Vögler

Die Weihnachtsausgabe der Wiener Freien Presse enthält einen Aufsatz, der aus Äußerungen Dr. Albert Vöglers, des Leiters des deutschen Stahltrusts, besteht. Die sieben Spalten lange Darlegung enthält auch Äußerungen, die man als überraschende Neuigkeit aussprechen kann. So beispielsweise die folgende Erklärung:

„Auch die Befürchtung, daß ein so groß gewordenes Unternehmen (wie die Vereinigten Stahlwerke) gewissermaßen ein Staat im Staate, von der Gesetzgebung nicht unbehelligt bleiben und von der Regierung in seinen Entschließungen behindert werden würde, schreckt uns nicht. Wir haben ja stets den Standpunkt eingenommen (?? Schriftltg. der MZ), daß wir für unser Land arbeiten und die Kontrolle der Öffentlichkeit nicht im mindesten scheuen..."

Dieses Geständnis ist besonders für die Metallarbeiter sehr belangvoll, denn ihre jüngste Betriebsrätekonferenz verlangte in Sachen der Trustbildung und Kartellentwicklung in einer Entschließung:

„die Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und andere Unternehmerorganisationen oder Unternehmungen, die nach Größe und Art geeignet sind, einen wesentlichen Einfluß auf den Markt auszuüben".

Daß der deutsche Stahltrust geeignet ist, „einen wesentlichen Einfluß auf den Markt auszuüben," wird wohl niemand bestreiten. Und wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß bei der Fassung der erwähnten Entschließung nicht zuletzt an den deutschen Stahltrust gedacht wurde. Auch war wohl jeder Teilnehmer an der Konferenz der Meinung, daß sich insonderheit die Stahltrustherren mit Klauen und Zähnen gegen die Forderung nach öffentlicher Kontrolle ihres Unternehmens wenden würden. Die Befürchtung war, wie man nun aus der Wiener Freien Presse erfährt, gänzlich unbegründet. Denn das Haupt des Stahltrusts erklärt ja selbst und ausdrücklich, daß sein Unternehmen die öffentliche Kontrolle nicht scheut. Diese Erklärung ist so bedeutsam, daß sie wohl im Gedächtnis behalten zu werden verdient, um zu gegebener Zeit gebührend Gebrauch von ihr zu machen.

Der Aufsatz in dem großen Wiener Blatt enthält noch einige andere Punkte, die hervorgehoben zu werden verdienten. So, „daß wir (der Stahltrust) für unser Land arbeiten." Wir glauben, daß hierzu die Fertigfabrikanten, die die Steigerung der Eisen- und Stahlpreise zu erdulden haben, gewichtiges einzuwenden haben. Doch wollen wir dies den Fabrikanten selbst überlassen, zu dieser Behauptung Dr. Vöglers den richtigen Preis zu machen. Wichtiger für uns ist die andere Behauptung Dr. Vöglers, „daß auch die Arbeiter mit der neuen Einstellung sehr zufrieden sind". Für diese Ansicht einige Beweise zu geben, hat der Herr Generaldirektor leider vergessen. Das ist sehr schade. Wir wollen sie auch gar nicht fordern, da es doch ganz umsonst wäre. Es kann als bombensicher angenommen werden, daß sich wohl der Herr Generaldirektor hüten, sich der Möglichkeit auszusetzen, nach Strich und Faden widerlegt zu werden.

Wieder 1 745 000 Arbeitslose!

In den letzten Wochen ist die Erwerbslosenzahl abermals nicht unwesentlich gestiegen. Allein in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 1. Januar konnte ein Zugang von unterstützungsberechtigten Erwerbslosen von 278 000 festgestellt werden. Die Zahl der Vollerwerbslosen, das heißt der Unterstützungsberechtigten, betrug Anfang November 1 308 000, Anfang Dezember 1 369 000 und Anfang Januar 1 745 000. Nach Meinung des Reichsarbeitsamts tritt hierin die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes in Erscheinung, wie dies alljährlich der Fall sei. Das ist natürlich nur eine Behauptung. Es wurde immer behauptet, daß die deutsche Industrie durch den Wirtschaftsaufschwung von sich aus die Krise überwunden habe und trotz der saisonmäßigen Verschlechterung in der Lage sei, den Arbeitsmarkt günstig zu beeinflussen. Nunmehr, da eine neue gewaltige Verschlechterung des Arbeitsmarktes feststeht, versucht man den Eindruck zu erwecken, als wenn dies in der Saison begründet liege. Die Besserung der Industrie wird nur dann zur Auswirkung kommen, daß Kurzarbeit vermieden wird. Die Mehreingänge an Aufträgen werden durch die verbesserte Produktion und durch — Überstunden erledigt. Es ist leider nicht daran zu zweifeln, daß das Heer der Erwerbslosen wieder mächtig anzuschwellen beginnt. Damit wächst das Elend und die Not. Ein Grund für jeden Hand- und Kopfarbeiter mit gesundem Empfinden, **jede Überarbeit abzulehnen.**

Von der Wirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist nichts mehr zu spüren. Wir wissen nicht, ob dies lediglich mit der Witterung zusammenhängt. Es ist aber wohl kaum zu glauben, daß ein so milder Winter die Notstandsarbeiten so weitgehend behindern sollte. Gegenwärtig ist ungefähr der zehnte Teil der Erwerbslosen als Notstandsarbeiter beschäftigt. Reich, Staat und Gemeinden müssen Umschau halten, in welcher Form und Gestalt die Beschäftigungsmöglichkeit erweitert werden kann.

*

Dauerarbeitslosigkeit scheint auch Österreich beschert zu sein. Die seit 1923 bestehende Arbeitslosigkeit hat sich 1926 weiter verschärft. In diesem Jahre waren im Monatsdurchschnitt rund 18 vH aller Arbeiter, das sind 218- bis 223 000, arbeitslos gegenüber 145 000 im Jahre 1925, 90 000 1924 und 111 000 1923. Als besonders erschwerend kommt hinzu, daß die durchschnittliche Dauer der Beschäftigungslosigkeit des einzelnen Arbeiters erheblich zunahm. So haben in Wien Ende September 1926 46,7 vH der unterstützten Arbeitslosen länger als 30 Wochen Unterstützung bezogen. In der Metall- und Maschinenindustrie betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit 15 vH der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter. In der Bekleidungsindustrie wurden Anfang des Jahres noch 25 vH von der Arbeitslosigkeit ergriffen, am Ende des Jahres immer noch 15 vH. Es waren nur die chemische, die Papier- und graphische Industrie, die gegenüber dem Vorjahr keine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades aufwiesen.

*

Der bezahlte Urlaub in den Tarifverträgen war Gegenstand einer mehrere Länder umfassenden Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes. Es handelt sich hierbei um tarifvertraglich geregelte Vereinbarungen. Rund 40 vH, das sind 19 Millionen der Gesamtzahl aller europäischen Arbeiter, kommen heute bereits in den Genuß eines bezahlten Urlaubs. In Deutschland haben 8 140 700 Arbeiter einen bezahlten Urlaub auf Grund vertraglicher Vereinbarung zu beanspruchen. In England sind es 1,5 Millionen, in Frankreich 38 466 und in Holland 101 060 Arbeiter. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter haben in Deutschland 82,7 vH, in England 13 vH, in Frankreich 0,8 vH und in Holland 7,8 vH der Arbeiter Anspruch auf Ferien. Deutschland braucht sich also nach den Erhebungen des Internationalen Arbeitsamtes seiner Errungenschaften nicht zu schämen; es marschiert an der Spitze. Dies ist nicht zuletzt der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften zu danken.

*

Daß Überstunden unwirtschaftlich sind, wird auch im Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer von Frankfurt a. M. bestätigt. Denn dort heißt es: „Die Leistung von Überstunden ist für jede Fabrik unwirtschaftlich und zweifellos leistet der ermüdete Arbeiter in den Überstunden weniger als der frische Arbeiter in der normalen Arbeitszeit." In der Beurteilung der Leistung von Überstunden gehen wir mit der Frankfurter Handelskammer durchaus einig. Man sollte deshalb von allen Seiten das Bestreben zeigen, die Überstundenseuche einzudämmen.

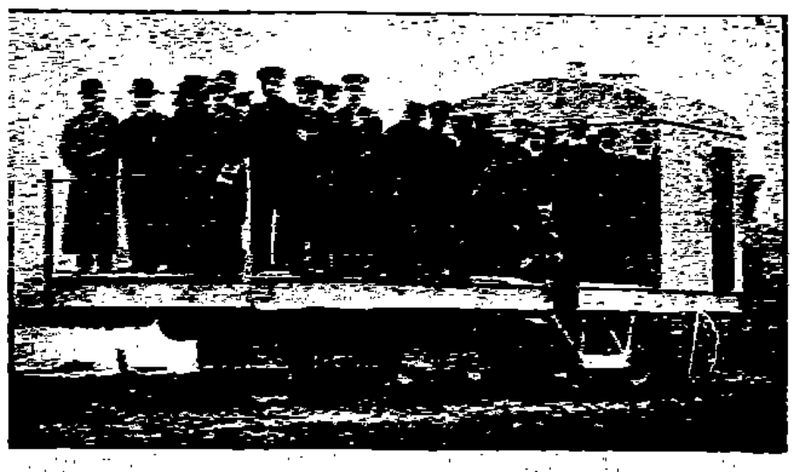
*

Facharbeitermangel und Lohnhöhe. Die zunehmende Wirtschaftsblüte hat dazu geführt, daß in manchen Industrien die Facharbeiter fast wieder alle eingestellt werden konnten, ja es wird teilweise über Facharbeitermangel geklagt. Wir wollen im Augenblick nicht nachprüfen, inwieweit dies richtig ist. Es dürfte aber feststehen, daß von der Arbeitslosigkeit weit mehr die ungelernten Arbeiter betroffen sind als die gelernten. Es erscheint uns aber notwendig, in diesem Zusammenhang auf die Entlohnung der Facharbeiter hinzuweisen. Es gab eine Zeit, da glaubten die Unternehmer, den Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen Gleichmacherei vorwerfen zu können. Dies war in der Inflationszeit. Die Unternehmer vergaßen, daß es sich um eine außergewöhnliche Zeit handelte und es vor allem darauf ankam, für jeden Menschen, namentlich für die unteren Arbeitergruppen einen Mindestsatz festzusetzen. Für die Facharbeiter wurde stets eine bessere Entlohnung gefordert. Für die Unternehmer aber war meist der Tariflohn für den Facharbeiter nicht Mindestlohn, sondern Höchstlohn. Von Gewerkschaftsseite ist bei den Verhandlungen immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die festgesetzten Löhne Mindestlöhne seien und die Facharbeiter höher entlohnt werden müßten. Wenn zahlreiche Facharbeiter durch die verkehrte Lohnpolitik der Unternehmer zur Abwanderung oder gar zur Auswanderung getrieben wurden, so sind die Fabrikanten mitschuldig daran. Es ist möglich, daß sich bei gebesserter Wirtschaftslage der Mangel an gelernten Arbeitern noch mehr bemerkbar machen wird. Die Unternehmer sollten dann nicht den Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie mit der tarifmäßigen Entlohnung Gleichmacherei getrieben hätten. Vielmehr sollten sie dazu übergehen, für die Facharbeiter einen entsprechend höheren Lohn zu bewilligen, dann, so glauben wir, wird es genügend Facharbeiter geben.

Einschienenbahn

F.K. Ein paar Jahre vor dem Krieg fand in London eine britisch-japanische Ausstellung statt. Auf einem meiner Gänge gewahrte ich hinter einer Hecke einen Knaben Menschheit um irgend etwas stehen. Dieses Etwas war ein, wie mich dünkte, mehr gewöhnliches als ungewöhnliches Gefährt. Es glich einem großen Lastkraftwagen, hinten mit einer großen Tafel, vorne mit einem allerdings außerordentlich großen Führergehäuse. Da das wahrhaftig nichts Besonderes war, konnte ich die gespannte Aufmerksamkeit der Beschauer nicht recht verstehen. Erst als ich mich durch den Menschenknäuel hindurchgedrängt hatte, begann es mir zu dämmern, daß es mit dem Gefährt eine besondere Bewandtnis haben müsse. Obwohl es ganz stillstand, äußerte es wie von einer starken Neugierde beseelt. Durch ein paar Soldaten einer Eisenbahnabteilung, die unter der Wagenbühne auf dem Rasen hockten und sich über das Räderwerk eifrig unterhielten, wurde ich auf die Eigenart des Gefährtes gestoßen: Es stand auf zwei hintereinander stehenden Räderpaaren, die auf einer Schiene ruhten. Die Räder hatten auf beiden Seiten Kränze, die Schiene unterschied sich von der gewöhnlichen nur durch einen etwas kloßigeren Kopf. Obwohl der Wagen ganz freistand, nirgends gestützt war, blieb er auf der einen Schiene stehen, wie wenn er von zwei Schienen getragen werde. Das Zittern des Wagens rührte von einer Maschine vorn im Führerhaus her, die auf irgendeine Weise das Gleichgewicht des Wagens hielt.

Nach einiger Zeit ludete ein Mann im Führerstand die Umstehenden zur Mitfahrt ein. Daß dazu viel Gemütlichkeit gehörte, konnte nicht gerade behauptet werden. Erst als der Vorgesetzte der Soldaten, seinen Mut zeigend, vorangeht, folgten Soldaten und Zivilisten. Bald setzte sich die Einschienenbahn in Bewegung. Nach einigen Minuten stieg ihre Stundengeschwindigkeit auf vielleicht 40 Kilometer. Die Fahrgäste gingen, wie das hier beigefügte Bild zeigt, bald auf die eine, bald auf die andere Seite des Wagens, um zu erproben, ob er selbst bei stark einseitiger Belastung noch das Gleichgewicht behalte. Er neigte sich zwar, aber nur ein kaum bemerkbares Bißchen, ging



dann ebenso schnell und ruhig wieder in Gleichgewichtsstellung zurück. Bei Beendigung der Fahrt waren Zweifel und Ängstlichkeit bei den Fahrgästen verschwunden; sie zeigten sich überzeugt, daß das schwierige Problem der Einschienenbahn nun zufriedenstellend gelöst sei. Die Freude wurde noch dadurch gesteigert, daß Engländer das Kunststück fertiggebracht hatten.

Die Lösung des Problems, wie sie hier offenbart wurde, besagte nun freilich noch nichts über die Wirtschaftlichkeit der Einschienenbahn. Doch zunächst reizte mich die technische Seite der Sache. Vor und während der Fahrt hatte ich nur gelegentlich einen verstohlenen Blick in das Führerhaus, wo, nach dem ständigen Zittern des Wagens zu urteilen, eine schwere Maschine ständig in Bewegung sein mußte. Ich sah dort auf einer wagerechten Welle ein sehr schnell rotierendes klobiges Schwungrad, das, je nach der Belastung der einen oder der andern Seite des Wagens, prompt hin und her rutschte, und zwar immer nach der sich hebenden Seite, wodurch die einseitige Belastung ausgeglichen wurde. So wenigstens zeigte sich die Mechanik meinem flüchtigen Blick. Um die Sache eingehender zu betrachten, habe ich mich anderntags beharrlich bemüht. Die beiden Männer im Führerhaus waren jedoch ebenso beharrlich bemüht, mir den Einblick unmöglich zu machen, indem sie sich vor die schmale Einsteigluke stützten. (Siehe Bild.) Und dies taten sie noch rücksichtsloser, als ich mich ihnen als Zeitungsmann ausgewiesen hatte. Sie erklärten nun kurz und bündig, daß die Maschinerie vorderhand streng Geheimnis bleiben müsse. Nach dem Inhalt einer Reklameschrift zu urteilen, war nun das Problem der Einschienenbahn vollständig gelöst. Auf dem Zettel wurden ihre Vorteile im Vergleich zur Zweischienenbahn kurz geschildert. Daß sie gewichtig und mannigfaltig sind, ist bekannt. Für das Gleis der Einschienenbahn wird ein viel schmälerer Saum Gelände benötigt; die eine Schiene kann leicht auf Fußpfaden und an Bergabhängen gelegt werden. An Schienen- und Schwellenmaterial wird kaum noch die Hälfte gebraucht. Achsenbrüche gibts nicht mehr. Schwellenverschiebungen sind bedeutend geringer, da der Druck auf sie stets senkrecht wirkt. Das Schleifen der Räder bei Kurven fällt weg. Die Fahrt ist ruhiger und dadurch weniger ermüdend. Horizontale und vertikale Krümmungen bieten bedeutend geringere Schwierigkeiten.

Alles das ist zu einleuchtend, als daß es bestritten werden könnte.

Russischer Metallarbeiterverband

Der russische Metallarbeiterverband hielt am 2. Dezember 1926 in Moskau seine Reichskonferenz ab. Sie war von 180 Vertretern besucht. Von ihren Verhandlungen geben wir folgendes wieder:

Die durchschnittlichen Löhne der Metallarbeiter betrugen monatlich 50,73 Rubel in 1924/25 und 62 Rubel in 1925/26. Die Steigerung beträgt somit 21,3 vH. Gegenüber der Vorkriegszeit fehlen am derzeitigen Lohnstand noch etwa 10 vH. Im Verhältnis zur gestiegenen Teuerung beträgt die Lohnerhöhung indessen nur 9,7 vH. In den Großstädten werden im allgemeinen bedeutend höhere Löhne gezahlt, z. B. in Moskau durchschnittlich 87 Rubel, in den Spezialfabriken bis zu 120 Rubel. Zwischen den Löhnen der einzelnen Berufsstufen bestehen erhebliche Spannungen, stellenweise 200 bis 300 vH. Ein gerechter Ausgleich ist nach Ansicht der Konferenz unumgänglich notwendig. Diesbezüglich sind schon einige Erfolge erzielt worden, die aber noch lange nicht befriedigen können.

Die gesundheitlichen und technischen Einrichtungen sind in den meisten Fabriken äußerst unzureichend. Mit der Ausdehnung der Industrie mehren sich zusehends die Unfälle. So berichtete beispielsweise der Vertreter Fedotov, daß im Uralgebiet die Zahl der Unfälle von 1924/25 bis 1925/26 von 13 637 auf ungefähr 27 000 gestiegen ist. Diese Zunahme lasse auf eine arge Vernachlässigung des Arbeiterschutzes schließen. Die Betriebsverwaltungen behandeln die Frage des Arbeiterschutzes nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit und beschneiden die dafür ausgeworfenen Geldmittel. So wurde zum Beispiel die für diesen Zweck bereitgestellte Summe von 7 600 000 Rubel durch die verantwortlichen Stellen auf 3 800 000 Rubel heruntergedrückt.

Der Mangel an Wohnungen für die Arbeiter der Metallindustrie vergrößert sich in einem bedenklichen Umfang. Der auf den Kopf zur Verfügung stehende Wohnraum fiel von 3,5 auf 3,15 Quadratmeter. Ungefähr 20 vH der Beschäftigten müssen zum Arbeitsplatz kilometerlange Wege machen, zu einem großen Teil haben sie überhaupt keine Wohnung. In den Unternehmungen der Metall-, Kriegs- und Elektroindustrie wurden in 1925/26 über 41 Millionen Rubel für den Wohnungsbau ausgegeben. Dadurch konnten 22 775 Arbeiter oder 38 000 familienzugehörige Personen unter Dach kommen.

Die Mitgliederzahl des Verbandes beträgt 821 000 Darunter befinden sich 85 000 Frauen. Die Mitglieder- und Belegschaftsversammlungen werden im allgemeinen schlecht besucht. Hier wird besonders der Mangel an gewerkschaftlicher Schulung als Milderungsgrund angeführt. Jedoch wird die Schuld daran auch auf anderen Gebieten zu suchen sein. Die Bürokratisierung der Gewerkschaften, ihre Abhängigkeit von Staat und Partei, die durch ein angeblich demokratisches Wahlrecht maskierte Ernennung der Verbandsführer und anderes mehr verleidet den Mitgliedern die tätige Anteilnahme am Verbandsleben. Zurzeit sind 72 000 Mitglieder ohne Beschäftigung. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit innerhalb des Verbandes wird dadurch erschwert, daß die offenen Stellen vielfach mit Nichtmitgliedern besetzt werden. In Moskau zum Beispiel entfielen auf den Zeitraum von neun Monaten nur 3492 Verbandsmitglieder auf 21 000 neu eingestellte Arbeiter. Die Vetternwirtschaft nimmt überhand. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte letztjährig 21,3 vH der Verbandseinnahme Die ausgezahlte Gesamtsumme betrug 2 397 000 Rubel.

Über die Entwicklung der Metallindustrie berichtete Meshlauk, der Vorsitzende des Metalltrustes. Entsprechend dem Voranschlag sollen im Jahre 1926/27 die Erzeugnisse der Metallindustrie einen Wert von 745,3 Millionen Rubel erreichen. Für den weiteren Ausbau der Industrie (Werkzeuge, Maschinen, Neubauten usw.) werden 231 Millionen Rubel flüssig gemacht. Davon sind 126,9 Millionen für Rationalisierung und Erweiterung der Betriebe, 41,6 Millionen für Einfuhr ausländischer Arbeitsmaschinen bestimmt. Das laufende Geschäftsjahr soll einen Gewinn von 40 Millionen bringen, der jedoch wegen der vorgesehenen Lohnerhöhung usw. auf 17 bis 18 Millionen sinkt. Im letzten Jahrfünft wurden 45 neue Fabriken gebaut. Die Gesamtbelegschaft der 305 metallurgischen Fabriken betrug letztjährig 379 422 Arbeiter und 54 038 Angestellte. Im nächsten Jahre erhöht sich die Zahl der Fabriken auf 311, der Arbeiter auf 405 000, der Angestellten auf 56 061. Demnach entfällt auf je 8 Arbeiter ein Angestellter. Auch die elektrische Industrie nahm eine annehmbare Entwicklung. Für 1925/26 wurde ein Produktionswert von 110 Millionen Rubel vorgesehen, doch konnten wegen Rohstoffmangel und Währungsschwierigkeiten nur 94 Millionen erreicht werden. Für 1926/27 werden 119 Millionen veranschlagt, während die Arbeiterzahl um 9 vH erhöht werden soll.

In der Aussprache zu den Berichten wurden Klagen und Beispiele angeführt, besonders über die unbefriedigende Lohnhöhe, über den Wohnungs- und Arbeitsmangel sowie über das geringe Verständnis der Fabrikverwaltungen für die Arbeiterschutz- und Tarifbestimmungen. Den Wohnungsmangel beleuchtete der Vertreter Gelik durch folgende Angaben: Im Bezirk Perm wohnen die Leute sogar in Koch- und Martinöfen. Zu dutzenden wohnen die Metallarbeiter auch in den leeren Waggons der Eisenbahn. In Tschussowo und anderen Siedlungen hausen sie buchstäblich auf der Straße. Viele Arbeiter warten schon seit Jahren auf eine Werkswohnung. Weil sie meist vergebens warten, verlassen sie die Fabrik. Aus diesem Grunde beträgt der Abgang an Arbeitskräften 7 vH.

Am letzten Konferenztage wurde dem Zentralrat des Metallarbeiterverbandes bescheinigt, daß seine Tätigkeit den ihm gegebenen Richtlinien entsprach. In einer Entschließung zur Tariffrage wird eine durchaus notwendige Reform der Lohnfestsetzung verlangt. Der Unterschied im Lohn der einzelnen Berufsgruppen soll verkleinert und die Leistung mehr berücksichtigt werden. Das soll den Arbeitern ein Ansporn sein, ihre Leistung zu steigern.

Zum Schluß wurde dem Internationalen Metallarbeiterbund eine Rüge erteilt, weil er im Gegensatz zu den russischen Metallarbeitern die englischen Bergarbeiter vollständig im Stich gelassen habe. Es fehlte auch nicht die übliche Aufforderung zur Bildung einer Einheitsfront gegen das vertrustete Weltkapital, wobei alle Schuld daran, daß diese Einheitsfront noch nicht besteht, den „Amsterdamern" zugeschoben wurde. V. Kalinowski.

Ausschußsitzung des IGB

Aus Amsterdam wird berichtet: Zu Beginn der vom 12. bis 14. Januar in Amsterdam tagenden Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes erinnert der Vorsitzer mit Worten der Wertschätzung an die verstorbenen Genossen R. Dißmann (Deutschland) und F. Poels (Belgien). Bei der Frage der Vertretung der Landeszentralen wird beschlossen, den Genossen Buozzi (Italien) bis zum Kongreß in Paris als Vertreter der italienischen Gewerkschaftsbewegung in den Ausschuß aufzunehmen. Der inhaltsreiche und vielgestaltige Geschäftsbericht wird nach geringen Änderungen einhellig angenommen.

Bei der Besprechung der Hilfe des IGB für den englischen Generalstreik und der Bergarbeiteraussperrung sowie der internationalen Anleihe für den britischen Gewerkschaftsbund dankt Purcell in äußerst herzlichen Worten für das große Entgegenkommen der verschiedenen Landeszentralen und für die trotz der schwierigen Lage der meisten Länder bewiesene weitgehende Solidarität. (Die Sammlung zugunsten des Generalstreiks ergab die Summe von 473 000 fl., die Hilfsaktion für die Bergarbeiter 1 550 000 fl., die Anleihe für den britischen Gewerkschaftsbund 950 000 fl.)

Die Besprechung der Frage Amsterdam-Moskau leitet Hicks mit der Unterbreitung folgender Entschließung ein:

„Im Hinblick auf das wiederholte ernste Gesuch des britischen Gewerkschaftsbundes und die sich aufdrängende Notwendigkeit einer geeinten internationalen Gewerkschaftsbewegung erklärt sich der Ausschuß des IGB mit der Anberaumung einer ohne Vorbedingungen beider Parteien abzuhaltenden Konferenz einverstanden, und zwar unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß eine solche Konferenz sich auf Vertreter des IGB und des Allrussischen Gewerkschaftsrates beschränkt."

Da Moskau auf die früheren Beschlüsse des Ausschusses betr. den Beitritt der Russen zum IGB nicht einging, schlägt Stenhuis vor, ohne weitere Aussprache zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen, die Entschließung selber mit 12 gegen 6 Stimmen verworfen. Dafür stimmten: Purcell, Brown, Hicks, Dürr, Tayerle und Fimmen, dagegen: Jouhaux, Mertens, Leipart, Oudegeest, Sassenbach, Stenhuis, Buozzi, Caballero, Graßmann, Wadsen, Zulawski und Smit.

Die Zulassung der Landeszentralen von Argentinien (82 000 Mitglieder) und Litauen (17 000 Mitglieder) sowie der südafrikanischen Organisation farbiger Arbeiter „Industrial and Commercial Workers Union of Africa" (40 000 Mitglieder) wird gutgeheißen. Die Aufnahme der letzteren Organisation erfolgt unter der Bedingung, daß sie sich bereit erklärt, bei der Gründung einer Gewerkschaftszentrale, die weiße und farbige Arbeiter aufnimmt, dieser beizutreten. Der bis jetzt dem IGB angeschlossene Südafrikanische Gewerkschaftsbund wird von der Liste gestrichen, da er die letzten Jahre nichts mehr von sich hören ließ und wahrscheinlich zu bestehen aufgehört hat.

Zu eingehenden Verhandlungen führt die Frage der Verfolgung der Gewerkschaften in verschiedenen Ländern. In bezug auf Italien hält es der Ausschuß für notwendig, die italienischen Gewerkschaften in noch zu vereinbarender Weise moralisch und geldlich zu unterstützen. Er beauftragt den Vorstand, in der nächsten Sitzung diese Angelegenheit erneut zu prüfen. Die Landeszentralen sollen angefragt werden, ob sie bereit sind, die unter anderen Voraussetzungen zugesagten Mittel auch bei der jetzigen Lage zur Verfügung zu stellen. Was Litauen betrifft, so wird beschlossen, bei der litauischen Regierung gegen die Vergewaltigung der Gewerkschaftsbewegung zu protestieren und das Internationale Arbeitsamt zur Einleitung einer Erhebung über die gewerkschaftliche Freiheit in diesem Lande aufzufordern.

*

Der vierte internationale Gewerkschaftskongreß

Die Tagesordnung des vom 1. bis 6. August 1927 in Paris anberaumten internationalen Gewerkschaftskongresses lautet:

1. Eröffnungsrede des Präsidenten; 2. Wahl der Mandatsprüfungskommission und anderer Kommissionen; 3. Geschäftsberichte; 4. der organisatorische Ausbau des IGB; 5. Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung; 6. internationale Hilfe bei Lohnkämpfen; 7. Satzungsänderungen; 8. Erledigung der eingebrachten Anträge; 9. internationaler Kampf um den Achtstundentag; 10. die wirtschaftliche Weltlage; 11. Abrüstungsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus; 12. Wahlen.

Dem Kongreß werden folgende Konferenzen vorausgehen: am 29. und 30. Juli vormittags die internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz und Konferenz der internationalen Berufssekretariate; am 30. und 31. Juli Ausschußsitzung. — Anträge zum Kongreß können nur von angeschlossenen Landeszentralen und der Konferenz der internationalen Berufssekretariate gestellt werden. Sie müssen mindestens zwei Monate vor dem Zusammentritt des Kongresses in den Händen des Amsterdamer Büros sein und mindestens einen Monat vorher den Landeszentralen und den internationalen Berufssekretariaten zugesandt werden.

*

Eine eindrucksvolle Kundgebung der Kraftwagenleute fand am 8. Januar in Brüssel statt. Vormittags 11 Uhr fuhren, einem Appell der Gewerkschaft folgend, alle Wagen der Stadt nach der Grande Place und stellten sich dort vor dem Sitz des Gouverneurs von Brabant auf. Eine Abordnung des Personals begab sich darauf zum Gouverneur und legte diesem ihre Beschwerden über die herrschenden Lohnverhältnisse dar. Der Gouverneur erkannte diese als berechtigt an und drängte noch in Anwesenheit der Abordnung bei der Autoausgesellschaft auf eine rasche Erfüllung der Personalforderungen. Gegenwärtig haben die Schaffner einen Taglohn von 24 bis 26 Franken und die Wagenführer einen Taglohn von 27 Franken. Das Personal fordert eine gleiche Lohnregelung wie für das Personal der Straßenbahnen, deren Löhne um 10 bis 11 Franken je Tag höher liegen. Während der Kundgebung hatte auch das Personal in den Garagen die Arbeit niedergelegt.

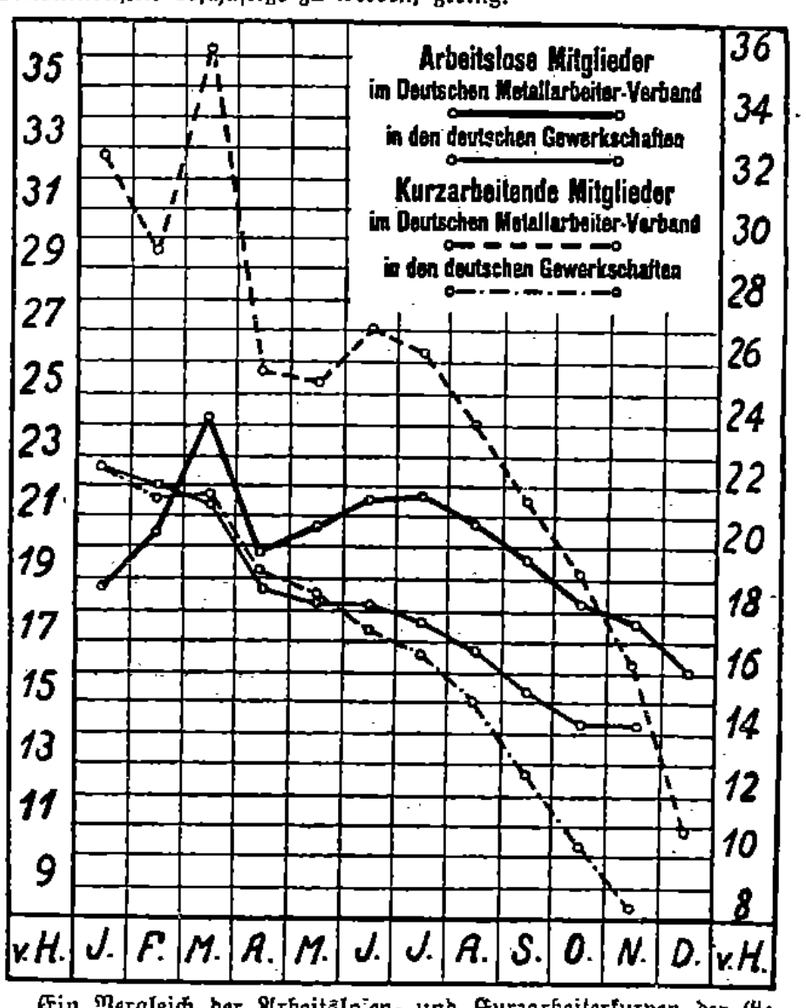
Die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie 1926

A. W. Durch die Ende des Vorjahres einsetzende Rationalisierung der deutschen Industrie stieg schon im Dezember 1925 die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in der Eisen- und Metallindustrie sprunghaft an. Dazu traten die Währungskrisen anderer Länder und die veränderten Absatzverhältnisse auf dem Weltmarkt. Während im Jahre 1925 die ersten Monate eine wesentliche Erleichterung des Arbeitsmarktes brachten, steigerte sich im Januar 1926 die Zahl der arbeitslosen Mitglieder des DMV von 15,2 auf 18,8 vH und die der kurzarbeitenden Mitglieder von 30,1 auf 32,8 vH. Der Februar 1926 brachte eine weitere Erhöhung, und Ende März war die Zahl der Arbeitslosen auf 24,1 vH gestiegen. Die Zahl der kurzarbeitenden Mitglieder ging im Februar um 3,3 vH zurück, stieg aber bis Ende März zum höchsten Stand des Jahres auf 36,2 vH. Im April setzte eine rückläufige Bewegung ein. Die arbeitslosen Mitglieder verminderten sich um annähernd 4,5 vH, die kurzarbeitenden Mitglieder gar um 10,5 vH. Wohl wurde die Besserung der Arbeitslage in den Monaten Mai, Juni und Juli durch leichtes Ansteigen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter unterbrochen, doch zeigte bereits eine geringe Abnahme der Kurzarbeiter im Juli eine Entlastung des Arbeitsmarktes an. Recht beträchtlich war im Verlauf des zweiten Halbjahres der Rückgang der kurzarbeitenden Mitglieder (von 27,0 vH Ende Juli auf 10,9 vH Ende Dezember). Das Abwärtsgleiten der Arbeitslosenkurve erfolgte wesentlich langsamer. Immerhin sank die Zahl der arbeitslosen Mitglieder von 21,7 vH im Juli auf 16,0 vH Ende Dezember.

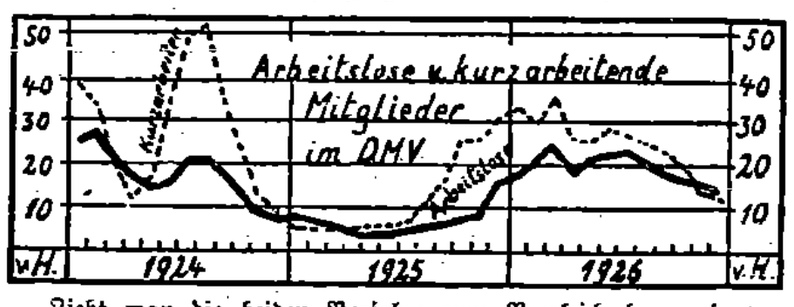
Die Wirkung der Krise wird noch deutlicher, wenn die Arbeitslosen und Kurzarbeiter unseres Verbandes nebeneinander gestellt werden.

1926	Arbeitslose Mitglieder vH	Kurzarbeit. Mitglieder vH	Zus. vH	1926	Arbeitslose Mitglieder vH	Kurzarbeit. Mitglieder vH	Zus. vH
Januar	18,8	32,8	51,6	Juli	21,7	26,2	47,9
Februar	20,4	29,5	49,9	August	20,9	24,0	44,9
März	24,1	36,2	60,3	Sept.	19,5	21,4	40,9
April	19,7	25,7	45,4	Oktober	18,1	19,1	37,2
Mai	20,6	25,4	46,0	Nov.	17,6	16,2	33,8
Juni	21,5	27,0	48,5	Dez.	16,0	10,9	26,9

Am Ende des Jahres 1926 war noch fast ein Drittel unserer Mitglieder von der Krise betroffen. Gegenüber dem Höchststand im März mit 60,3 vH ist eine Besserung unverkennbar. Eine Reihe von Kollegen ist durch die Rationalisierungsmaßnahmen aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden. Für sie ist die Aussicht, bald wieder in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigt zu werden, gering.



Ein Vergleich der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterkurven der Gesamtheit der deutschen Gewerkschaften mit denen des DMV ergibt für jene einen weit günstigeren Verlauf als für unsern Verband. Dies bestätigt, daß die Beschäftigungslosigkeit in der Metallindustrie weit über den Durchschnitt hinausging.



Zieht man die beiden Vorjahre zum Vergleich heran, so war nach dem obenstehenden Bild 1924 das Jahr der Stabilisierungskrise, 1926 das Jahr der Rationalisierungskrise. Erreichte 1926 auch nicht die Höchstzahlen von 1924, so war doch dessen Jahresdurchschnitt der arbeitslosen Mitglieder mit 19,9 vH um 2,5 vH höher als 1924.

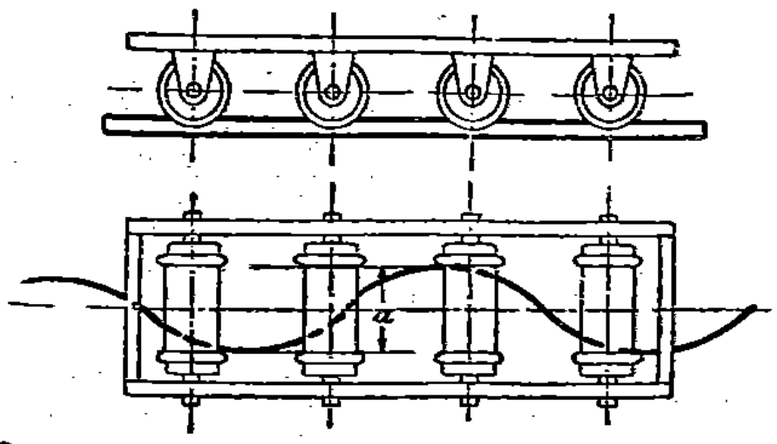
Über die durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen in unserer Mitgliedschaft und zugleich über die Krisen der Eisen- und Metallindustrie seit 1915 gibt die folgende Aufstellung Aufschluß:

1915	1,6 vH	1921	2,7 vH
1916	0,8 „	1922	0,5 „
1917	0,2 „	1923	9,4 „
1918	0,4 „	1924	17,4 „
1919	3,2 „	1925	6,8 „
1920	2,9 „	1926	19,9 „

Berufs- und Altersgliederung der Erwerbslosen

Die Reichsarbeitsverwaltung hatte für den 2. Juli 1926 eine allgemeine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge veranstaltet. In Nr. 48 des Reichsarbeitsblattes war über die Berufs- und Altersgliederung der unterstützten Erwerbslosen berichtet. Wir geben daraus folgendes Bild: Den größten Anteil der Erwerbslosigkeit stellt die Gruppe „Lohnarbeit wechselnder Art", also die ungelernte Arbeiterschaft mit 29,55 vH der Gesamtzahl. An zweiter Stelle folgen die Angestelltenberufe mit 9,04 vH, das Bekleidungsgewerbe mit 7,17 vH, das Verkehrsgewerbe mit 6,23 vH, Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 5,95 vH, Baugewerbe mit 5,09 vH, die Textilindustrie mit 4,95 vH und der Bergbau mit 4,2 vH. Den 1 450 110 Arbeitern stehen 144 190 Angestellte gegenüber. Bezüglich der Altersklassen zeigt sich, daß prozentual der weitaus größere Teil der Erwerbslosen mit 24,17 vH auf die Klasse der 20- bis 25jährigen entfällt. Dann fällt der Anteil von Jahrfünft zu Jahrfünft mit zunehmendem Alter in folgender Weise: 16, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und bei den 70- bis 75jährigen 1 vH. Die Reichsarbeitsverwaltung bemerkt zu der starken Besetzung der jüngsten Altersklassen folgendes: „In ihnen steckt die Masse der jungen größtenteils ungelernten, unverheirateten und daher beruflich wie wirtschaftlich weniger gebundenen Arbeiter. Menschliche wie berufliche Weiterentwicklung führt zu einer veränderten Einstellung gegenüber dem Berufsleben." Bemerkenswert ist, daß das Alter bis zu 20 Jahren mit 12 vH in der Erwerbslosenziffer Mitte dieses Jahres vertreten war.

Allein auch die Londoner Probebahn ließ die große Frage unbeantwortet, ob nun die altbekannten Schwierigkeiten oder Nachteile, die die Einschienenbahn der Zweischienenbahn gegenüber hat, auch wirklich überwunden waren. Konnte man jetzt alle Wagen eines langen Einschienenzuges, und das auf jedem Punkte der Bahnstrecke im Gleichgewicht halten? Konnte dies von der Lokomotive aus geschehen oder mußte die Gleichgewichtsmaschinerie auf jedem einzelnen Wagen des



Zuges angebracht werden? Wenn so, dann war der Aufwand an Kraft, toter Last und folglich an Kosten dermaßen groß, daß von Vorteilen kaum noch gesprochen werden konnte und die Rentabilität der Einschienenbahn jedenfalls fragwürdiger blieb als die der Zweischienenbahn.

Auf die soeben angeführten Fragen gab auch die nur aus einem einzigen Wagen bestehende Einschienenbahn im Londoner Ausstellungsgelände keine Antwort. Meine spätere mehrfache Bemühung, etwas über ihre praktische Verwertung im großen und deren wirtschaftlichen Nutzen zu erfahren, sind ergebnislos geblieben. Mit dem Ende der Ausstellung wurde es mit ihrer Einschienenbahn still. Hie und da noch einmal eine schwache, unbestimmte Andeutung, aber nichts von einer praktischen Nutzung. Was darauf schließen ließ, daß auch jener in London auf einer Schiene laufende Probewagen das Problem der Rentabilität ungelöst gelassen hat.

Neuerdings bringt der Sozialdemokratische Pressedienst Kunde von einem neuen Versuch, die oben gekennzeichneten Schwierigkeiten der Einschienenbahn zu überwinden. Dieses System sieht von dem Kreisel oder sonstiger Maschinerie zur Erhaltung des Gleichgewichtes ab. Die eine Schiene ist nicht mehr gerade, sondern bogenartig gekrümmt. Die Räder sind zylindrisch und mit Kränzen versehen. Das Innenmaß zwischen den Kränzen ist etwa gleich dem Außenmaß der Schienenkrümmung. Es würden somit immer mindestens zwei Räder mit ihren äußersten Punkten auf der äußersten Fläche der Schienenkrümmung stehen (siehe Skizze) und während der Bewegung die Stützpunkte der Räder wechseln, wodurch nicht nur das Gleichgewicht gehalten, sondern auch ein ruhigerer Gang erzielt wird. Dann soll die Beschaffenheit der Räder so gewählt sein, daß auch diese Einschienenbahn auf zwei Gleisen verwendet werden kann.

So stehts in der Beschreibung. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß dieses System gegen das in London angewendete vorteilhafter ist, schon dadurch, daß die Länge des Zuges nichts mehr ausmacht, weil jeder Wagen durch die gekrümmte Schiene im Gleichgewicht gehalten wird und es keiner Gleichgewichtsmaschinerie bedarf. Ob ein großer praktischer Versuch mit diesem System das erfüllt, was seine Beschreibung verspricht, ist freilich noch eine offene Frage. Indessen, wenn nicht dieses System, dann wird es ein anderes sein; denn die fabelhaft fortschreitende Technik wird auch dieses Problem sicherlich bald zufriedenstellend lösen.

Von Gestern und Heute der deutschen Graveure und Ziseleure

Am 1. Februar sind 30 Jahre vergangen, seit der Verband der Graveure, Ziseleure und verwandte Berufsgenossen mit dem Sitz in Berlin ins Leben trat. Der II. Kongreß der Deutschen Graveure und Ziseleure, der Weihnachten 1896 in Berlin tagte, beschloß die Gründung einer Zentralberufsorganisation, die am 1. Februar 1897 in Kraft trat. Als Vorsitzender wurde ich bestimmt. Somit gebührt es sich wohl nach drei Jahrzehnten, einige Erinnerungen zu bringen.

Als wir damals die Graveure und Ziseleure zu einem II. Kongreß geladen hatten, war es immer noch fraglich, ob die Vertretung der Kollegen für den Berufszentralverband stimmen würde, denn sechs Jahre zuvor, auf dem I. Kongreß im September 1890 zu Erfurt, wurde die Zentralisation noch abgelehnt und die lokale Fachvereinsorganisation, verbunden mit dem Zentralvertrauensmännersystem, für passend gefunden. Es war also fraglich, ob unsere eifrige Werbearbeit für den zentralistischen Gedanken genügend Boden bei den maßgebenden Fachvereinen hatte. Aber der Wurf gelang!

Am 1. Februar 1897 traten die Graveure und Ziseleure in den Rahmen der freien Gewerkschaften. Eine rege Agitation setzte ein und schon nach Jahresfrist konnte ein allgemeiner, günstiger Aufschwung dieser Berufsgruppe beobachtet werden. Während in den 12 örtlichen Fachvereinen bis 1896 etwa 300 bis 400 Kollegen organisiert waren, standen ein Jahr später in der Zentralorganisation in 20 Verwaltungsstellen 73 Mitglieder. Die Leitung des Verbandes war sehr rührig, denn schon im August 1897 machte der erste Vorsitzende eine größere Werbereise, deren Erfolg nicht ausblieb. In diesem Sinne wurde damals ganz besonders eifrig gearbeitet.

Ein Blatt, die Zeitschrift für Graveure und Ziseleure, stand den Kollegen seit 1. Dezember 1897 monatlich zur Verfügung. Es muß besonders anerkannt werden, daß die Leipziger Kollegen diese Zeitschrift schon zehn Jahre vor dem Verband gegründet und gehalten haben! Vom 9. Oktober 1897 ab erschien sie in größerem Umfang zweimal und ab 1. April 1902 dreimal monatlich.

Die allgemeinen Arbeitsverhältnisse der Berufskollegen standen sehr ungünstig. Das „Kunsthandwerk" hatte noch vielfach eine zehn-, elf- und auch zwölfstündige Arbeitszeit. Wochenlöhne von 10, 12, 15 bis 20 M waren häufig. Die Folgen der schlechten Bezahlung waren viele Überstunden. Eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Graveure und Ziseleure vom Jahre 1898 weist tatsächlich recht schlechte Verhältnisse auf. Es beteiligten sich an der Beantwortung 1643 Kollegen aus 82 Städten. Die Durchschnittslöhne schwankten zwischen 20 und 49 ₰ die Stunde. Folgender Auszug aus der Erhebung zeigt, wie Arbeitszeit und Löhne damals standen:

	Arbeitszeit die Woche durchschnittlich Stunden	Durchschnittslöhne die Std. Pfennig	Angegebene Ueberstunden im Jahr	Zahl der Kollegen
Altenburg . .	59	20	25	3
Berlin . . .	56	49	10395	270
Dresden . . .	57	42	1115	50
Frankfurt a. M.	59	41	310	8
Hamburg . .	56	44	753	26
Kaiserslautern .	60	34	12	1
Leipzig . . .	55	46	2703	82
München . .	55	39	305	13
Nürnberg . .	56	42	610	3
Suhl	60	23	?	3

Aus diesem kurzen Auszug der Erhebung ist ersichtlich: Lange Arbeitszeit, niedrige Stundenlöhne und um diese zu erhöhen, viele Überstunden! Selbstverständlich war auch Sonntags- und Nachtarbeit üblich! Es soll einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben, auf die Verhältnisse genauer einzugehen.

Als der Berufsverband im zehnten Jahre unter den Graveuren und Ziseleuren gewirkt, das Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung sich entwickelt, das Klassenbewußtsein sich geschärft hatte, wurde von mir in Nr. 4 der Zeitschrift für Graveure und Ziseleure in einem Leitaufsatz: Ein kleines Jubiläum, folgendes gesagt:

„Besonders der zuletzt geführte Kampf in Leipzig hat in verschiedenen Distrikten unseres Organisationsgebietes die Frage wieder auftauchen lassen, ob es nun nicht geboten erscheint, nachdem der weitaus maßgebende Teil der deutschen Berufskollegen zu modernen Kämpfern sich durchgerungen und erzogen hat, den Gedanken einer Verschmelzung mit dem größeren Verbande, dem Metallarbeiter-Verbande, die Wege zu ebnen, um allen Anforderungen, die uns künftige Kämpfe bringen werden, auch Rechnung tragen zu können ..."

Mit diesen Feststellungen und Anregungen zur „Verschmelzungsfrage" für die im gleichen Jahre tagende Generalversammlung fand ich als Leiter der Organisation bei meinen Kollegen im Zentralvorstand keine Anerkennung. Man war einfach außer sich vor Entrüstung! — Recht deutlich wurde mir zu verstehen gegeben, daß ich damit einen „Verrat an Verband und Berufswohl" begehe. War das Verständnis bei der Zentralleitung für die Verschmelzung noch nicht vorhanden, so war die Mehrheit der Ortsgruppen einer besseren Einsicht zugänglich. Fast alle Ortsgruppen, außer Berlin, teilten meine Auffassung. Trotz der starken Gegnerschaft aus den Reihen der Berliner Kollegen — Berlin hatte über 700 Kollegen im Verband — gelang es mir doch, auf der fünften Generalversammlung in Nürnberg im Jahre 1907 den Anschluß an den DMV herbeizuführen.

Der Verband der Graveure und Ziseleure zählte 1897 752 Mitglieder, 1907 schon 2544. Bis zum 1. Oktober 1907 hatten 2115 Kollegen den Übertritt vollzogen. Ein Jahr später, auf der ersten Konferenz im DMV, konnten wir wieder 2472 Kollegen zählen. Nach dem Jahrbuch des DMV für 1925 stellen die Graveure und Ziseleure nur 700 Mitglieder. 1924 waren es noch 2224. Ist auch diese Berufsgruppe zahlenmäßig gering, so darf nicht außer acht bleiben, daß im Verband der Graveure und Ziseleure die Berufskollegen bis zu 70 vH organisiert waren. Der heutige Stand der Organisationszugehörigkeit der Graveure und Ziseleure im DMV kann nicht befriedigen; besonders aber die nicht, die den größten Teil der Kraft für die Vereinigung dieser Kollegen geopfert haben.

Ist nun alles getan worden, um die Berufskollegen an die Organisation zu fesseln? Ich muß diese Frage auf Grund genügender Erfahrung und Beobachtung leider verneinen!

Als im Jahre 1920 das Reichsmarineverhältnis für unsere Kollegen, die im Landwerk tätig sind, geschaffen wurde, setzte eine lebhafte Bewegung unter den Kollegen ein. Dieses lebhafte Austauschverhältnis hielt sich auch bis 1923 gehalten, flaute aber immer mehr ab. Die kleine Berufskonferenz in Erfurt im Dezember 1925 hat auch keine besonderen Anregungen gegeben; das Bewegungsverhältnis der Kollegen ließ immer mehr nach. — Dabei darf nicht vergessen werden, daß auch die Kleinmeister seit 1923 ihre Berufs- und Wirtschaftsfragen zu verfechten versuchen. Das Tarifverhältnis hat gezeigt, daß auch unsere Kleinmeister immer besser den Wert der Organisationsbetätigung begriffen haben. Für die ältere und junge Mitarbeit im DMV mache ich besonders meine Berufsgenossen verantwortlich. Aber es ist auch zu fragen, ob die Leitung des Verbandes alles getan hat, was nach Lage der Dinge hätte geleistet werden können, um auch diese Berufsgruppe dauernd in Tätigkeit zu halten und sie an die Organisation zu fesseln. Vor allem müssen die Kollegen mehr Leben zeigen. Sie können sich doch in den Branchenversammlungen besprechen, durch die Ortsverwaltungen ihre Wünsche weiterleiten lassen, kurz beginnen, neues pulsendes Leben zu entfachen. Es ist vieles verloren gegangen, vieles muß wieder herbeigeschafft werden. Dazu ist die Mitarbeit aller Berufsgenossen unerläßlich.

Um wieder eine engere Fühlungnahme zu erhalten, wird es notwendig sein, die maßgebenden Ortsgrenzen unserer Branche durch sachgemäße Verteilung auf einer Reichskonferenz zusammenzuführen, so wie wir damals in Stuttgart im Oktober 1919 auf der Reichskonferenz des Organisations- und Fachtechnischen der Berufskollegen mitgenommen haben. Hier muß der neue Grund für weitere, erfolgreiche Arbeit gelegt und bearbeitet werden. Auf einer solchen Zusammenkunft wäre die beste Gelegenheit, Mängel zu beseitigen und die Bewegung neu zu beleben.

Darum vorwärts, Kollegen!

Ernst Bräckner.

„Glossen zur Wohnungswirtschaft"

Vor ein paar Wochen (Nr. 51, 1926 der MZ) brachten wir einen Aufsatz über Wohnungselend und Lohnpolitik. Darin wurde angeführt, daß nach einem Bericht der Stadt Buer in dieser gezwungen sind, in einem Raum zuzubringen:

je 5	6	7	8	9	10 Personen
6336	5291	4051	2922	1837	2890 Fällen

Diesen Zahlen und noch einigen andern Teilen unseres Aufsatzes widmet die Deutsche Bergwerks-Zeitung (am 7. Januar) einige „Glossen zur Wohnungswirtschaft". Bezüglich der obigen Stellen sagt sie: „Danach wohnen in Buer nicht weniger als 156 022 Einwohner in Gruppen von 5 bis 10 Personen in je einem Raum. Die Erfindung ist nicht schlecht, aber wer unter den Lesern und Bedrängten rechnet nach?" Die Undeutlichkeit unseres Textes hat es dem Unternehmerblatte leicht gemacht, von einer Erfindung zu reden. Es multipliziert kurzerhand immer die obere Zahl mit der darunter stehenden und kommt durch Zusammenzählung der sieben Summen zu einer Einwohnerzahl der Stadt Buer von 156 022. Was selbstverständlich unrichtig ist, weil ja diese Stadt bedeutend weniger Menschen birgt. Die Zahlen müssen aber folgendermaßen gelesen werden: Zu fünft sind insgesamt 6336 Personen in einem Raum, zu sechst insgesamt 5291 usw. Durch Zusammenzählung all der Zahlen unterm Strich kommt man zu 43 507 Personen. Wenn eine solche Menge Menschen zu fünft, zu sechst, zu zehnt in einem Raume gepreßt sind, so ist es jedem einigermaßen Vernünftigen klar, daß dies eine schwere gesundheitliche und sittliche Gefahr darstellt.

In unserm Aufsatz wird weiter die Gänsehaut erzeugende Tatsache erwähnt, daß in Breslau ein Mietskasten nicht weniger als 816 Menschen beherbergt. Das Unternehmerblatt, feinfühlend wie es ist, findet daran nichts Besonderes. Es sagt dazu:

„Dies Lamento besagt nichts. Es gibt Gebäude, in denen 10 000 und mehr Menschen hausen. Auch sozialistische Stadtregierungen, wie beispielsweise die von Wien, bauen noch heute Hochhäuser, sog. Mietskasernen."

Das ist ganz richtig, nur mit einem bedeutsamen Unterschied, den die Bergwerks-Zeitung anzudeuten für nicht geraten hält. Gebäude mit 10 000 Menschen gibt es in Nordamerika. In dessen sogenannten Wolkenkratzern aber wohnt, abgesehen von dem Haus- und Wachpersonal, niemand, sondern sie dienen geschäftlichen Zwecken. Daß diese Großhäuser prächtig eingerichtet sind, weiß jeder, der einmal eins betreten hat. Ähnlich verhält es sich mit den von der sozialistischen Stadt Wien errichteten Hochhäusern. Hier sind nicht Menschen hausenweis in schmale, kahle, stinkige Löcher gepfercht, sondern jede der Familien hat eine lichte und geräumige Wohnung, die mit den Erfordernissen der Sittlichkeit und Gesundheit ausgerüstet und obendrein verhältnismäßig billig sind. Die neuen Hochhäuser der Stadt Wien mit den Mietskasernen der deutschen Groß- und Industriestädte vergleichen, heißt die Villen im Westen Berlins den dumpfen Kellerlöchern im Norden Berlins gleichsetzen. Sollte das nicht auch der Bergwerks-Zeitung wohlbekannt sein? Aber gewiß, nur muß sie das verschweigen und das Gegenteil vorgeben, weil sie, koste es, was es wolle, das Großkapital zu verteidigen und dessen Schuld an dem furchtbaren Wohnungselend zu übertünchen hat.

Weitermästung des Molochs

Wenn in den gesetzgebenden Körperschaften Mittel für Kulturzwecke, wie Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, der Säuglingssterblichkeit, der Einrichtung und Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsinstitute und ähnliches gefordert werden, dann ist die ständig wiederkehrende Entgegnung der Regierungsvertreter: „Es ist kein Geld da!" Diese Begründung liest man auch immer wieder, sofern es sich um den Wohnungsbau, die Aufbesserung der elenden Bezüge der Sozial- und Kriegsrentner und der Erwerbslosen, dieser Opfer unserer herrlichen Weltordnung handelt. Für den Moloch Militarismus indessen ist Geld in Hülle und Fülle da. Man vernehme:

Der Reichswehrhaushaltsplan für 1927 erfordert an laufenden Ausgaben 572,2 Millionen, an einmaligen Ausgaben 73,7 Millionen Mark. Abzüglich einer Einnahme von 10,7 Millionen beträgt die Ausgabe 635,2 Millionen Mark. Dazu tritt im ordentlichen Haushalt noch der Zuschuß für den „außerordentlichen" Haushalt mit 61,7 Millionen Mark. Damit erreichen die Gesamtausgaben für das Jahr 1927 rund 700 Millionen Mark. Von 1924 auf 1925 betrug die Mehrausgabe 103,8 Millionen, von 1925 auf 1926 108,8 Millionen, von 1925 auf 1927 an mehr 32,2 Millionen Mark. In den drei Jahren seit 1924 an Mehrausgaben 245 Millionen Mark.

Seit 1924 weist der Marinehaushalt folgende Steigerungen auf: Im ordentlichen Haushalt 1924 81 Millionen, 1925 103,5 Millionen, 1926 126,8 Millionen und für 1927 133,8 Millionen Mark. Das ist fast eine Verdoppelung. Die einmaligen Ausgaben ohne Abzug des Zuschusses des außerordentlichen Haushalts betragen für 1924 23,2, 1925 48,8, 1926 71,3 und für 1927 86,5 Millionen Mark. Das ist gegen 1924 eine Steigerung um fast das Vierfache!

Als vor dem Weihnachtsfeste im Reichstag von den Sozialdemokraten beantragt wurde, den Erwerbslosen eine Sonderunterstützung in Höhe von zwei bezw. einer Wochenunterstützung zu gewähren, da war wieder kein Geld da. Mit Ach und Krach konnten sich die bürgerlichen Argeordneten entschließen, den langfristig Erwerbslosen eine Sonderleistung von einer halben Wochenunterstützung zuzugestehen. Man sieht: Für den Militarismus mit Scheffeln, für Kulturzwecke und hungernde Volksgenossen mit halben Löffeln. Aber mögen sich die Hungerleider im Lande beruhigen, wenn es gar nicht mehr geht und ihr knurrender Magen sie allzu rebellisch stimmen sollte, wird die herrliche Reichswehr schon „Ordnung" schaffen. Dann bekommen sie schließlich von dem vielen, für die „republikanische" Reichswehr geforderten Geld auch etwas ab, wenn auch nur in Gestalt von blauen Bohnen und beschwichtigenden Giftgasen!

Dann werden endlich die Arbeitervertreter und angeblichen Friedensfreunde im Parlament den Mut aufbringen, die Mittel für Militarismus und Marinismus zu verweigern und sie für Kulturzwecke zu fordern?

E.

Von der Hanauer Edelmetallindustrie

Die Hanauer Edelmetallindustrie befindet sich schon seit über zwei Jahren in einer schweren Krise, zu der die Kurzsichtigkeit und Rückständigkeit eines Teils der Hanauer Unternehmer mit beigetragen haben. Denn auch die hauptsächlichste Ursache der Krise in den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen liegt und durch diese der Absatzmarkt für die Erzeugnisse der Edelmetallindustrie eingeengt ist, so haben doch die Unternehmer mit zu dem Rückgang der Hanauer Edelmetallindustrie beigetragen. Haben sie doch um ein paar Pfennige Lohnerhöhung willen ihre besten Arbeitskräfte von hier fortgehen und das Gewerbe in aller Herren Länder verschleppen lassen. Die Hanauer Unternehmer haben für die Umstellung ihrer Betriebe nichts getan. Sie waren es gewöhnt, möglichst hohe Gewinne ohne großen technischen Aufwand aus der menschlichen Arbeitskraft herauszuholen. Man braucht sich ja nur die technischen Einrichtungen der Betriebe anzusehen. Es ist daher die höchste Zeit, daß neben der Umstellung der Feinmechanik, die mit der weitgehendsten Unterstützung findet, auch die Hanauer Unternehmer ihre Betriebe in technischer und anderer Beziehung umstellen. Allerdings gehört auch die geistige Umstellung der Unternehmer dazu; denn die Kunst geht bekanntlich durch den Magen. Arbeiter, die täglich von Kummer und Sorgen um ihre Familien bedrückt sind, werden immer in ihren künstlerischen Leistungen gehemmt sein. Erst durch eine anständige, menschenwürdige Behandlung und Entlohnung wird die Güte des Erzeugnisses gefördert werden können.

Damit ist es aber in den meisten Betrieben der Edelmetallindustrie schlecht bestellt. Gibt es doch Firmen, unter anderen die Firmen Chr. Peter, Durcher & Kieser, die noch nicht einmal die Bedingungen der abgeschlossenen Verträge einhalten. Herr Peter weigert sich, seinen Arbeitern die Vergütung für Überstunden zu bezahlen, und Herr Reitzel von der Firma D. & K. droht den Arbeitern, wenn sie ihren Urlaub verlangen, mit Entlassung. In den meisten Betrieben der Kettenbranche wird nur der reine Tariflohn bezahlt, so daß Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit vielfach noch nicht einmal die Erwerbslosenunterstützung erreichen. Die Arbeitszeit ist ein Kapitel für sich. Die Unternehmer haben sie in vielen Fällen „nach Bedarf" geregelt: hat der Unternehmer was zu tun, dann läßt er arbeiten, wenn nichts mehr zu tun ist, schmeißt er die Arbeiter wieder raus.

Solche Zustände hätte sich vor dem Krieg kein Arbeiter gefallen lassen. Es ist wahrlich an der Zeit, daß die Gold- und Silberarbeiter, die meistens vier Jahre lernen und die Zeichenakademie besuchen müssen, sich ein anderes Dasein erkämpfen. Die Ortsverwaltung wurde kürzlich von der Versammlung der Gold- und Silberarbeiter beauftragt, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gegen die unhaltbaren Verhältnisse vorzugehen. An den Kollegen und Kolleginnen der Edelmetallindustrie liegt es nun, sich restlos zu organisieren und hinter ihrer Leitung zu stehen. Auch die Kündigung des Manteltarifvertrags und des Arbeitszeitabkommens wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

*

Arbeitszeitverkürzung u. Lohnausgleich in den Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerken Rheinland-Westfalen

Am 1. April 1924 wurde vom Schlichter für Rheinland-Westfalen für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Rheinland-Westfalen ein Schiedsspruch gefällt, der für die Wechselschichtarbeiter die achtstündige Arbeitszeit, dagegen für die Einfachschichter die 56stündige Wochenarbeitszeit vorsah. Wirtschaftliche Nöte wurden als Begründung angegeben. Das Tarifgebiet umfaßt 76 Betriebe mit 10 950 Beschäftigten. Die Gewerkschaften versuchten wiederholt die Arbeitszeit zu verringern oder den Achtstundentag wieder einzuführen. Im Juni 1925 gelang es, durch Verhandlung eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden je Woche (von 56 auf 54 Stunden) zu erreichen. Weitere Bemühungen der Gewerkschaften blieben sowohl im Oktober und Dezember 1925, als auch im Juni 1926 erfolglos. Zum 31. Dezember 1926 wurden von den Gewerkschaften der Arbeitszeit- und Lohnvertrag abermals gekündigt. Gefordert wurde eine Lohnerhöhung von 15 vH und die achtstündige Arbeitszeit. Wie zuvor, versuchten die Unternehmer auch diesmal mit allen möglichen Begründungen die Bestrebungen der Arbeiter zu vereiteln. Die Gewerkschaftsvertreter konnten nachweisen, daß sich die Lage seit den letzten Verhandlungsterminen besonders gebessert hat. So hat beispielsweise der größte Konzern, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, seinen Stromabsatz von 1 099 477 186 Kilowattstunden in 1924/25 auf 1 157 798 847 Kilowattstunden 1925/26 gesteigert; es hat bei einem Aktienkapital von 140 Millionen Mark 11 545 043 M für Abschreibungen eingesetzt, einen Überschuß von 12 035 289,49 M erzielt, 8 vH für die Inhaberaktien und 12 vH für die Namensaktien ausgeschüttet. Dem Aufsichtsrat wurde für seine aufreibende Tätigkeit eine Tantieme von 643 528,49 M überwiesen. Wahrlich, kein schlechtes Geschäft!

Nach langen Verhandlungen wurde ein Schiedsspruch gefällt, der für die Einfachschichter die wöchentliche Arbeitszeit auf 52 Stunden (bisher 54) festlegt und den bisherigen Stundenlohn um 4 ₰ an der Spitze erhöhte. Der Stundenlohn beträgt somit ab 1. Januar 1927 an der Spitze 85 ₰ (bisher 81 ₰). Die Einfachschichter haben damit für die eingetretene Arbeitszeitverkürzung einen vollen Ausgleich. Der Schiedsspruch entspricht zwar nicht den berechtigten Forderungen der Arbeiter, aber er ist ein beachtenswerter Schritt zum achtstündigen Arbeitstag und zu einer angemessenen Entlohnung.

K. W.

Ein Fremdenheim in Leipzig

Die Verwaltung des Leipziger Volkshauses konnte nunmehr den schon lange gehegten Wünschen unserer reisenden Gewerkschafts- und Jugendgenossen Rechnung tragen, indem sie die schon vor dem Kriege bestehende Herberge Braustraße 17 (in allernächster Nähe des Volkshauses) vollständig renovierte und mit allen hygienischen Einrichtungen eines modernen Fremdenheims herrichten ließ. Die Eröffnung erfolgt am 17. Januar d. J. Die auf Wanderschaft befindlichen Gewerkschaftskollegen werden die Eröffnung des Fremdenheimes begrüßen. Anfragen sind zu richten an das „Fremdenheim Volkshaus", Leipzig, Braustr. 17.

Schriftenschau

Gewerkschafts-Archiv. Verlag Karl Zwing, Jena, St.-Jakobstr. 36. Vierteljahrspreis 3,60 M. Aus dem Inhalt des Januarheftes heben wir hervor: Die Gewerkschaften im Jahre 1926. — Die Vertrustung der deutschen Stahlindustrie. — Neue Wege gewerkschaftlicher Propaganda. — Vom Rätegedanken zur Rätegesetzgebung. Dazu die Übersichten und Buchbesprechungen.

Urania. Heft 4, 1926/27. Probehefte von der Urania-Verlags-Gesellschaft in Jena. Vierteljährlich 2,25 M. In diesem Hefte finden sich Beiträge der Ärztin Dr. Montessorie über die Umwelteinflüsse auf die Kinder, dann ein Aufsatz von Hermann Drechsler: Von der Tätigkeit des Wassertropfens, mit Naturaufnahmen. Über den Kreislauf des Wassers berichte Felix Linke. Das Beiblatt Soziales Wandern bringt einen Reisebericht von Walter Riemer: Von der Wolga breiten Fluten.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Telephon-Nummern: S.-A. 62841, S.-A. 62842, S.-A. 63990

Mit Sonntag dem 30. Jan. ist der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Januar bis 5. Februar 1927 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse: I.	II.	III.	IV	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig				
Aschaffenburg	10	—	—	—	5. W. 1927

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

In letzter Zeit sind häufig Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet worden über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung hätten finden können. Meistens war diesen Anfragen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, **daß sich alle Mitglieder mit ihren Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung zu wenden haben.** Nur wenn sich hierbei eine befriedigende Erledigung nicht erreichen läßt, ist die Angelegenheit entweder durch die Ortsverwaltung weiterzuleiten oder von dem Mitglied selbst unter Beifügung eines Ausweises über die Mitgliedschaft dem Vorstand einzureichen.

Stuttgart, Rötestraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von Metallarbeitern aller Branchen nach Neuß (Schiffswerft Düsseldorf-Neuß, G. m. b. H.) D.; nach Ratibor L.;
von Silberarbeitern nach Berlin St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A = Aussperrung.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16